

**Zeitschrift:** Pro Senectute : schweizerische Zeitschrift für Altersfürsorge, Alterspflege und Altersversicherung

**Herausgeber:** Schweizerische Stiftung Für das Alter

**Band:** 39 (1961)

**Heft:** 2

**Artikel:** Höhere Altersrenten = Rentes de vieillesse plus élevées

**Autor:** J.R.

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-721977>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

haft. Gewisse Muskelgruppen wurden nur einseitig beansprucht. Beim Spaziergang gibt es immer etwas zu beobachten, man entdeckt Neues, trifft Bekannte an und bleibt in Verbindung mit der Gemeinschaft.

Nicht der kleinste Vorteil des regelmässigen Spaziergangs, der zur festverankerten Gewohnheit geworden ist, ist die Verhinderung der Fettleibigkeit. Die Erkenntnis setzt sich immer mehr durch, dass die Uebergewichtigkeit für das Herz eine ganz erhebliche Ueberbelastung darstellt. Die regelmässige Gewichtskontrolle steht heute bei der ärztlichen Ueberwachung und Behandlung von Herzleidenden im Vordergrund. In den Kriegsjahren, besonders in den Ländern, wo eigentlicher Mangel herrschte, aber auch bei uns, war bei der drastisch verminderten Nahrungs-zufuhr die Fettsucht ein seltenes Krankheitsbild, anderseits wurde aber auch ein auffallender Rückgang der Herz- und Kreislauf-krankheiten beobachtet. Heute hat sich das Blatt gewendet, diese Krankheiten stehen deutlich im Vordergrund. Neben dem Mangel an Bewegung wird die Fettsucht durch übermässige Nah-rungszufuhr gefördert.

Das sind einige Hinweise, wie wir unser altes Herz gesund und leistungsfähig erhalten können.

A. L. V.

## Höhere Altersrenten

Die fünfte Revision des AHV-Gesetzes ist unter Dach und wird, sofern kein Referendum dagegen zustande kommt, am 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten. Obschon bereits sehr viel über diesen neuen erfreulichen Fortschritt des grossen Sozialversiche-rungswerkes in der Tagespresse geschrieben wurde, liegt es uns daran, unsere Leser kurz darüber zu orientieren und besonders auf einige wichtige, im allgemeinen zu wenig hervorgehobene Punkte hinzuweisen.

Bekanntlich hat die für die Ausarbeitung des massgebenden Be-richtes bestellte Kommission von Fachleuten der AHV-Kommis-sion drei Leistungsvarianten vorgelegt: eine billige, eine mittlere und eine teure. Die erste sah eine Erhöhung der Leistungen im Betrag von durchschnittlich 7 Prozent vor, die zweite eine solche von durchschnittlich 20 und die dritte eine solche von durch-schnittlich 28 Prozent. Die AHV-Kommission entschied sich,

trotz gewissen Bedenken im Hinblick auf die zukünftige Finanzierung des Werkes, für die teure Variante, und der Bundesrat schloss sich diesem Antrag an. Die Vorlage wurde in überraschend kurzer Zeit, nämlich von beiden Räten in der gleichen Session, durchberaten und angenommen; ein Antrag aus der Mitte des Nationalrates, die einfache Mindestrente von 1080 Franken auf 1200 Franken im Jahr zu erhöhen, wurde vom Ständerat nicht akzeptiert und nachher auch von den Initianten fallengelassen, in erster Linie, um die Inkraftsetzung auf den 1. Juli 1961 nicht zu gefährden. Kein einziger Parlamentarier kam auf die mittlere Variante zu sprechen, vermutlich aus politischen Gründen, da tatsächlich nur die teure Variante den Rückzug der beiden hängigen Initiativen erwarten liess.

Die nur allzuoft erwähnte Zahl von 28 Prozent Rentenerhöhung hat leider viele falsche Hoffnungen geweckt. Wohl wurde betont, es handle sich dabei um einen Durchschnittswert, aber es war viel zu wenig davon die Rede, dass — im Gegensatz zu 1957 — gerade die niedrigen Renten diesmal nicht so stark erhöht wurden und ihre prozentualen Verbesserungen den erwähnten Durchschnitt nicht erreichen. So beträgt die Verbesserung der auf Grund eines Jahreseinkommens von bis 5000 Franken gewährten *laufenden Altersrenten* je nach Beitragsdauer nur 15 bis 22 Prozent. Deutlicher treten die Erhöhungen bei den *Neurenten* in Erscheinung, aber auch dort werden die auf Grund eines Jahreseinkommens von bis 3750 Franken ausgerichteten Altersrenten je nach Beitragsdauer nur 20 bis 24 Prozent aufgewertet, während die höheren Renten Verbesserungen von 30 bis 38 Prozent erfahren. Diese unterschiedliche Behandlung lässt sich aber rechtfertigen, da die ursprünglich viel zu tief angesetzten untersten Altersrenten (*Neurenten*) 1957 gegenüber 1948 um 88, die obersten aber nur um 23 Prozent erhöht worden waren. Die Gesamtverbesserungen der neuesten Revision gegenüber den ersten Altersrenten aus dem Jahr 1948 betragen 125 Prozent für die Minimal- und 60 Prozent für die Maximalrenten (*Neurenten* nach einer Beitragsdauer von 20 Jahren), während der Landesindex der Konsumentenpreise seit 1948 lediglich um 12 Prozent gestiegen ist.

Die neuen vollen Altersrenten betragen jährlich für Einzelpersonen Fr. 1080.— (bisher Fr. 900.—) bis Fr. 2400.— (Fr. 1850.—) und für Ehepaare Fr. 1728.— (Fr. 1440.—) bis Fr. 3840.— (Fr. 2960.—). Die ausserordentlichen Renten (früher

Uebergangsrenten genannt) entsprechen dem Mindestbetrag der ordentlichen Vollrenten. Die Witwenrente beträgt 80 Prozent, die einfache Waisenrente 40 Prozent und die Vollwaisenrente 60 Prozent der dem massgebenden durchschnittlichen Jahresbeitrag entsprechenden einfachen Altersrente.

Für die Selbständigerwerbenden wurde die sinkende Beitrags-skala bis zu einem jährlichen Einkommen von Fr. 9000.— erweitert (bisher Fr. 7200.—), das heisst der Beitrag beträgt bei Fr. 9000.— nur noch  $3\frac{3}{4}$  statt 4 Prozent und sinkt bis auf 2 Prozent bei einem Einkommen von Fr. 3000.— im Jahr (bisher Fr. 2400.—).

Neu ist auch die Bestimmung, dass der Bundesrat der Bundes-versammlung alle fünf Jahre, erstmals 1967, nach Anhörung der AHV-Kommission Bericht über das Verhältnis zwischen Renten, Preisen und Erwerbseinkommen erstattet und, wenn nötig, Antrag auf eine angemessene Aenderung der Renten stellt.

Unsere AHV hat mit dieser fünften Revision ihren Charakter als Grundlagenversicherung nicht geändert. Auch in Zukunft werden ihre Renten nicht zur Bestreitung des Lebensunterhaltes der Bezüger ausreichen; dazu bedürfte es wesentlich grösserer finanzieller Mittel, insbesondere höherer Beiträge der Versicher-ten wie zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland. Die vorgenommenen Leistungsverbesserungen dürfen sich aber, ver-glichen mit der seit 1948 eingetretenen Teuerung, zweifellos sehen lassen und werden unseren Betagten zusammen mit den in der Mehrzahl der Kantone ausgerichteten Beihilfen und den Leistungen privater Institutionen gestatten, etwas besser als bisher zu leben.

J. R.

## Rentes de vieillesse plus élevées

La cinquième révision de la loi sur l'AVS est maintenant sous toit et entrera en vigueur le 1er juillet de cette année si, comme tout le laisse prévoir, le droit de référendum n'est pas utilisé. Quoique l'on ait déjà lu de nombreux articles à propos des réjouissants progrès de notre grande loi sociale, nous tenons à orienter encore nos lecteurs sur un ou deux problèmes importants qui n'ont pas suffisamment retenu l'attention du public.

On sait que la Commission d'experts, recrutée parmi les membres

de la Commission fédérale de l'AVS et chargée du rapport technique sur le projet, se trouvait placée devant trois variantes concernant les prestations de l'AVS: une variante «économique», une moyenne et enfin une plus coûteuse. La première des solutions prévoyait une augmentation des prestations de 7 %, la deuxième de 20 % et la troisième de 28 % en moyenne. La Commission fédérale de l'AVS a porté son choix, malgré certains soucis quant au financement futur de l'institution, sur la variante la plus élevée, et le Conseil fédéral se rallia à cette proposition. Le projet a été discuté et accepté en un temps record, soit par les deux Chambres dans la même session. Une proposition émanant du Conseil national et tendant à éléver la rente minimum de fr. 1080.— à fr. 1200.— par an ne fut pas acceptée par le Conseil des Etats et abandonnée en cours de discussion par les initiateurs, afin de permettre la mise en vigueur de la révision le 1er juillet 1961.

Aucun parlementaire ne retint la variante moyenne (de 20 %) pour des raisons probablement politiques, car seule la variante la plus coûteuse permettait le retrait des deux initiatives en suspens.

L'augmentation de 28 %, dont on a peut-être trop parlé, a malheureusement éveillé des espérances fallacieuses. Sans doute a-t-on répété qu'il ne s'agissait que d'une moyenne, mais on a trop peu insisté sur le fait que — contrairement à la révision de 1957 — ce sont précisément les rentes les plus basses qui sont proportionnellement le moins relevées et qui n'obtiennent pas la moyenne indiquée plus haut. Par exemple, *la rente actuelle* accordée pour un revenu annuel allant jusqu'à fr. 5000.— ne subira, selon le nombre de cotisations annuelles payées, qu'une augmentation variant entre 15 et 22 %. L'augmentation des *nouvelles rentes* est plus substantielle, mais là encore, pour un revenu annuel allant jusqu'à fr. 3750, la rente accordée actuellement ne connaîtra qu'une augmentation de 20 à 24 %, tandis que celle que recevront les rentes les plus élevées est de 30 à 38 %. Cette différence de traitement s'explique par le fait que les rentes les plus basses (les rentes nouvelles bien entendu) avaient été augmentées en 1957 de 88 % comparativement à 1948, tandis que les rentes supérieures n'avaient connu qu'une augmentation de 23 % dans la même période.

L'augmentation moyenne totale de la dernière révision, par comparaison aux premières rentes accordées en 1948, comporte

125 % de la rente minimum et 60 % de la rente maximum (rente nouvelle après le paiement de 20 années de cotisations), alors que l'index des prix à la consommation ne s'est augmenté de 1948 à ce jour que de 12 %.

Les *nouvelles rentes annuelles complètes* comportent: pour une personne seule, de fr. 1080.— (jusqu'ici fr. 900.—) à fr. 2400.— (jusqu'ici fr. 1850.—); pour un couple, de fr. 1728.— (jusqu'ici fr. 1440.—) à fr. 3840.— (jusqu'ici fr. 2960.—). Les rentes extraordinaires, appelées jusqu'ici rentes transitoires, correspondent au montant minimum des rentes ordinaires complètes.

Les rentes de veuves représentent le 80 %, les rentes d'orphelins simples 40 % et les rentes d'orphelins doubles 60 % de la rente annuelle simple calculée sur la cotisation annuelle.

Pour les assurés de condition indépendante, la contribution réduite s'entendra à l'avenir jusqu'à un revenu annuel de fr. 9000.— au lieu de fr. 7200.— comme jusqu'ici; cela signifie que pour cette catégorie d'assurés, un revenu jusqu'à fr. 9000.— ne paiera que 3 $\frac{3}{4}$  % au lieu de 4 % de cotisation et pourra descendre jusqu'à 2 % pour un revenu de fr. 3000.— par an (jusqu'ici fr. 2400.— par an).

Une disposition nouvelle prévoit que le Conseil fédéral est autorisé à présenter à l'assemblée fédérale tous les cinq ans un rapport basé sur les études de la Commission fédérale AVS, montrant la relation des rentes payées avec le revenu national et l'index des prix, rapport accompagné de propositions éventuelles sur une modification des rentes. C'est donc une simplification considérable permettant le cas échéant de modifier les normes en vigueur. La cinquième révision de l'AVS n'a pas modifié la structure de base de notre institution nationale. Pas plus que dans le passé, les rentes de l'AVS n'ont la prétention d'assurer intégralement l'existence des bénéficiaires. La réalisation d'un tel postulat nécessiterait des moyens financiers beaucoup plus importants, en particulier des cotisations plus élevées de la part des assurés, comme c'est le cas de la République fédérale d'Allemagne, mais les améliorations apportées aux prestations, si on les compare à celles de 1948 et au renchérissement réel intervenu dès lors, accompagnées des prestations supplémentaires accordées par la plupart des cantons et de tout l'effort des institutions privées, ont apporté un soulagement important dans la vie de nos vieillards.